

Kurzprotokoll der Gemeinderatssitzung vom Mittwoch, 11. Dezember 2013, 16.00 Uhr, Rathaus Frauenfeld

1. Finanzplan 2015 - 2017

Im Rahmen der Diskussion wiesen sämtliche Fraktionen darauf hin, dass gemäss nächstjährigem Voranschlag und dem Finanzplan 2015 – 2017 magere Jahre auf die Stadt Frauenfeld und deren Betriebe zukommen. Ein Umdenken wird deshalb gefordert, damit in den nächsten Jahren wieder ausgeglichene Rechnungen und akzeptable Finanzkennzahlen präsentiert werden können. Um diese Ziele zu erreichen, wird es unumgänglich sein, auf der Aufwand- aber auch auf der Ertragsseite griffige Massnahmen zu treffen.

Der Stadtrat ist sich des Problems bewusst und hat auch schon früh darauf hingewiesen, dass schlechtere Zeiten in Bezug auf die Finanzen auf die Stadt Frauenfeld zukommen. Allerdings warnt der Stadtammann davor, nun in Panik zu verfallen und im Rahmen des nächstjährigen Voranschlags „Hauruck-Übungen“ zu veranstalten. Der Voranschlag 2014 bildet einen Übergangsvoranschlag zur Umstellung auf das neue Rechnungsmodell HRM2, das 2015 bei der Stadt eingeführt werden soll. Der Finanzplan ist unter Berücksichtigung einer rollenden Planung immer mit Unsicherheiten behaftet. Für den Stadtrat ist aber auch klar, dass Handlungsbedarf gegeben ist und der Spielraum in den nächsten Jahren enger wird.

Der Gemeinderat nimmt von den Finanzplänen 2015 bis 2017 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park Kenntnis.

2. Voranschlag der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2014

Eintreten auf den Voranschlag 2014 ist an sich obligatorisch und von daher stimmt der Gemeinderat diesem stillschweigend zu.

Zu Beginn der materiellen Beratung beantragt die Fraktion FDP/SVP/EDU, unterstützt von der Gruppierung Menschen für Frauenfeld (Mprof), den Voranschlag 2014 zurückzuweisen, damit der Stadtrat von sich aus Streichungen am Voranschlag vornehmen kann, um die gewünschten Budgetziele zu erreichen. Es sollen rund 800'000 Franken bei der Laufenden Rechnung und rund 1 Mio. Franken bei der Investitionsrechnung eingespart werden.

Die übrigen Fraktionen können sich dieser Auffassung nicht anschliessen und votieren dafür, dass der Gemeinderat seine Pflicht wahrnimmt und das Budget an der heutigen Sitzung durchzuberaten hat. Allerdings herrscht Einigkeit darüber, dass gewisse Einsparungen am Budget vorzunehmen sind. Die Investitionen präsentieren sich überdurchschnittlich hoch. Von einer soliden Finanzlage kann nicht gesprochen werden, angesichts des mageren Bruttoertragsüberschusses. Würden die gesetzlich vorgeschriebenen Abschreibungen von 8% getätigt, läge gar ein Defizit von rund 3,8 Mio. Franken vor. Eine Rückweisung des Budgets hätte zudem zur Folge, dass dieses erst Mitte Februar im Gemeinderat erneut behandelt werden könnte. Unter Berücksichtigung der Referendumsfrist von 45 Tagen könnte die Stadt somit erst ab anfangs April wieder voll agieren. Bis zu diesem Zeitpunkt könnte sie nur gerade die laufenden Ausgaben tätigen. Für den Voranschlag 2015 werden klar bessere Budgetzahlen gefordert.

In der Abstimmung wird der Rückweisungsantrag knapp mit 21 Nein- gegen 18 Ja-Stimmen abgelehnt.

In der langen und ausführlichen sowie intensiv geführten materiellen Beratung werden insgesamt 28 Streichungsanträge in Bezug auf die laufende Rechnung und die Investitionsrechnung gestellt. Davon werden 9 angenommen, wobei Einsparungen in der Laufenden Rechnung von rund 177'000 Franken und in der Investitionsrechnung von rund 1,57 Mio. Franken erzielt wurden.

Es würde den Rahmen dieses Kurzprotokolls sprengen, auf die einzelnen Anträge im Detail einzugehen.

Der Gemeinderat stimmt in der Folge den stadträtlichen Anträgen 1 bis 4 unter Berücksichtigung der an der heutigen Sitzung beschlossenen Streichungen zu und beschliesst:

1. Gemäss Art.15 Absatz 1 des Besoldungsreglements werden für individuelle Besoldungsanpassungen 0,9% und für Leistungsprämien 0,1% der Gesamtlohnsumme bewilligt.
(*Abstimmungsergebnis: einstimmig mit 39 Ja-Stimmen*)
2. Der Voranschlag 2014 der Stadtverwaltung wird gutgeheissen.
(*Abstimmungsergebnis: 27 Ja- und 7 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen*)
3. Der Voranschlag 2014 der Werkbetriebe wird gutgeheissen.
(*Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen*)
4. Der Voranschlag 2014 des Alterszentrums Park wird gutgeheissen.
(*Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen*)

Die Voranschläge der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2014 gemäss Ziffer 2, 3 und 4 dieses Beschlusses unterstehen dem fakultativen Referendum der Stimmberechtigten. Die Referendumsfrist beginnt am 12. Dezember 2013 und endet am 27. Januar 2014.

3. Reglement über die Pensionspreise des Alterszentrums Park (Preisreglement) – Anpassung bei den Zuständigkeiten Preisänderungen

Eintreten auf dieses Geschäft ist unbestritten und auch die materielle Beratung verläuft kurz. Dem Antrag der GPK Gesellschaft und Sicherheit, dass die Anpassungen bereits auf den 1. Januar 2014 und nicht erst auf den 1. März 2014 in Kraft treten sollen, erwächst kein Widerstand.

Im Rahmen der Gesamtabstimmung beschliesst der Gemeinderat unter Berücksichtigung des Antrags der GPK Gesellschaft und Sicherheit:

1. Den Änderungen von Art. 2 und 10 des Reglements über die Pensionspreise des Alterszentrums Park (Preisreglement) wird zugestimmt.
(Abstimmungsergebnis: einstimmig mit 39 Ja-Stimmen)
2. Diese Anpassungen treten per 1. Januar 2014 in Kraft.
(Abstimmungsergebnis: einstimmig mit 39 Ja-Stimmen)

Nach einer siebeneinviertelstündigen Marathonsitzung beendet der Ratspräsident um 23.15 Uhr die Sitzung.

Die Details der heutigen Gemeinderatssitzung sind dem später im Internet veröffentlichten ausführlichen Protokoll zu entnehmen.